

«Dem Ensi ist es wurst, wenn wir hier verrecken»

Atomkraftwerke Ein Bericht der Aufsichtsbehörde zur Trinkwasserversorgung bei einem Atomunfall sorgt für heftige Kritik

VON DANIEL HALLER

«Dem Ensi ist es wurst, wenn wir hier verrecken», meint der Basler SP-Grossrat Rudolf Rechsteiner. Grund seiner Empörung über das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) ist dessen Bericht, wie radioaktiv verseuchtes Wasser aus einem havarierten Atomkraftwerk sich auf die Trinkwasserversorgung an Aare und Rhein auswirken würde. Rechsteiner ist nicht allein: Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz listen eine Reihe von Kritikpunkten auf:

- Das Ensi rechnet mit einer kontaminierten Wassermenge, wie sie in der ersten Unfallwoche aus dem Block II des AKW Fukushima ausgetreten ist. Kritik: Dies berücksichtige nicht, dass in Japan seit zweieinhalb Jahren täglich mehrere Hundert Tonnen verstrahltes Wasser ins Meer fliessen.

- Das Ensi habe die Gemeinde Muttenz, die 17000 Einwohner täglich mit 6900 Kubikmeter Trinkwasser versorgt, «schlicht vergessen».

- Das Ensi gehe davon aus, dass für die Versickerung im Hardwald und in den Langen Erlen täglich 75000 Kubikmeter Wasser dem Rhein entnommen werde. Es seien aber 145000 Kubikmeter.

- Das Ensi rechnet damit, dass man in der Region Basel – vorausgesetzt man reduziert notfallmässig den täglichen Verbrauch von 375 auf 15 Liter pro Kopf – die Trinkwasserversorgung maximal 175 Tage lang ohne Wasser aus dem Rhein sicherstellen könne. Kritik: Dies berücksichtige nicht, dass man im Hardwald mit Rheinwasser einen Grundwasserberg erzeugt, um Schadstoffe aus den Muttenzer Deponien von den Trinkwasserbrunnen fernzuhalten. Ohne Rheinwasser könne die Verschmutzung nach zwei Wochen einsetzen, und nach 175 Tagen seien die Trinkwasserfassungen für 230000 Menschen «wahrscheinlich zerstört».

Ensi bearbeitet vier Pakete

Rechsteiner hat aufgrund des im Oktober publizierten Ensi-Berichts eine Interpellation im Grossen Rat eingereicht. Die Basler Regierung antwortete in der vergangenen Wo-



Im September liess sich der japanische Premierminister Shinzo Abe (mit rotem Helm) in Fukushima vor Ort erklären, dass die Tanks für radioaktiv verseuchtes Wasser immer noch lecken. KEYSTONE

■ ENSI: «FÜR NOTFÄLLE SIND DIE KANTONE VERANTWORTLICH»

«Bei der Aktennotiz **Radio-logische Schadstoffausbreitung in Fliessgewässern – mögliche Auswirkungen auf den Notfallschutz** stehen die Überwachung, Alarmierung und Entscheidungskriterien für erste Massnahmen im Zentrum,» erklärt **Ensi-Sprecher Sebastian Hueber** auf Anfrage.

Verantwortlich für die Anordnung und den Vollzug der Notfallschutzmassnahmen seien die Kantone. Die Auflistung der Wasserversorgungen sei nicht abschliessend, kommentiert er das Fehlen von Muttenz. «Neben den genannten Wasserwerken existieren noch weitere.» Dies sei in der breit angeleg-

ten **Vernehmlassung** nicht bemängelt worden. Die Angaben zur Trinkwassermenge der IWB habe das Ensi der Website der IWB entnommen. Dazu stellen die **IWB** klar, dass im Schnitt **75000 Kubikmeter Wasser** verbraucht werde. Doch dafür müsse man aber **dem Rhein 145000 Kubikmeter**

entnehmen. Zur Dauer eines Verzichts auf Rheinwasser-Versickerung erklärt Hueber: «Verantwortlich für Anordnung und Vollzug der Notfallschutzmassnahmen sind die Kantone. Die Qualität und der Betrieb der Trinkwasserversorgung ist nicht im Aufsichtsbereich des Ensi.» (DH)

che, sie sei bereits mit dem ersten Atomunfall-Trinkwasserbericht des Ensi nicht zufrieden gewesen. Auch das aktuelle Papier – als «Aktennotiz» betitelt – sei nur als Zwischenbericht zu werten, «da er nur einen Teil der Problematik des Trinkwasserschutzes vor radioaktiver Verseuchung behandelt. Zudem ist auch dieser Teil noch nicht abgeschlossen.» Mängel sollten nun mit vier Arbeitspaketen behoben werden.

Drei Pakete betreffen Messungen und Alarmierung. «Als einzige Massnahme bei den AKW selber – die aber auch versagen kann, und davon geht der Bericht aus – stuft der Regierungs-

«Derartige Fehler und Falschinformationen zeugen von unqualifizierter Arbeit oder von Überforderung. Beides völlig inakzeptabel.»

Jürg Wiedemann, Landrat

rat den Auftrag an die AKW ein, ein Konzept vorzulegen, wie grosse Mengen an kontaminiertem Wasser zurückgehalten werden können.» Dafür müssen sie dem Ensi bis Ende 2013 eine Analyse liefern. Bis Ende 2014 will das Ensi die Pakete bearbeiten.

«Damit legt die Regierung den Finger auf den kritischen Punkt,» kommentiert Rechsteiner. «Das Ensi hat drei Jahre gebraucht, um den AKW-Betreibern einen Brief zu schreiben. Richtig wäre, das Ensi würde Bestimmungen zum Schutz der Bevölkerung erlassen, statt die AKW-Betreiber zu fragen.» Vordringlich sei, dass die Betreiber gezwungen würden, ausreichend grosse Wasser-Rückhaltebecken zu bauen.

«Zurzeit hat mein Vertrauen ins Ensi einen ziemlichen Tiefstand erreicht,» kommentiert Grünen-Landrat Jürg Wiedemann die von den Ärzten für Umweltschutz geäusserte Kritik. «Derartige Fehler und Falschinformationen zeugen von unqualifizierter Arbeit oder von Überforderung. Beides völlig inakzeptabel.» Das Ensi selbst weist die Kritik zurück (siehe Box).

Leicht mehr Arbeitslose im November

Statistik Wie die ganze Schweiz verzeichneten im November auch beide Basel leicht mehr Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote stieg in beiden Kantonen gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozentpunkte. In Basel-Stadt erreichte sie 3,7 und in Baselland 2,7 Prozent. Gesamtschweizerisch beträgt sie 3,2

Prozent. In Basel-Stadt waren Ende November 3462 Arbeitslose registriert (+90 gegenüber Oktober); im Baselland 3942 (+181). Im Schwarzbubenland nahm die Zahl der Stellensuchenden hingegen ab. In den Bezirken Dorneck und Thierstein verharnte die Quote im November bei 1,9 Prozent. (BZ)

INSERAT

Erneuerbare Energie macht hier Schlagzeilen.

Aus eigener Energie.

iwb

Mehr Information dazu: iwb.ch

Riehen erneuern – aber mit Bedacht



Wahlkampf Die EVP präsentiert ihre Gemeinderatskandidatinnen Christine Kaufmann und Annemarie Pfeifer sowie ihren Wahlslogan «Guet für Rieche.»

VON ELIA DIEHL

Die Vormachtstellung der EVP in Riehen ist längst nicht mehr so gewaltig, wie sie es während Jahrzehnten war. Der Wähleranteil liegt rund zehn Prozentpunkte tiefer als vor 30 Jahren; mit sechs Sitzen im Einwohnerrat ist die EVP noch drittstärkste Kraft. Der Einfluss und Druck der bürgerlichen Parteien ist gewachsen. Dennoch stellt die EVP seit 1970 ununterbrochen den Gemeindepräsidenten. Auch 2014?

Kaufmann wäre erste Präsidentin

Bei der Wahl vom 26. Januar steht Christine Kaufmann, die für Präsidium und Gemeinderat kandidiert, gleich zwei bürgerlichen Konkurrenten gegenüber: Thomas Strahm (LDP)

und Hansjörg Wilde (parteilos). Gestern, bei der Vorstellung der zwei Kandidatinnen und der Kampagne, gab man sich zuversichtlich: «Wir freuen uns auf den Wahlkampf», sagte Annemarie Pfeifer, die ihren Sitz im Gemeinderat verteidigen möchte.

Das Motto der EVP-Kampagne lautet «Guet für Rieche». Was sich in Vergangenheit bewährt habe, sei auch in Zukunft gut. Ein Novum gäbe es aber ohnehin: Die 45-jährige Tierärztin Christine Kaufmann wäre die erste Frau an der Spitze Riehens.

«Der Witz ist, dass wir in Riehen das Gewerbe vor den Wohnungen schützen müssen.»

Christine Kaufmann,
EVP-Fraktionspräsidentin

Für Co-Parteipräsident Philipp Ponnac bedeutet «gut für Riehen», dass die EVP eine Liste mit 40 Kandidierenden für den Einwohnerrat habe, dies sei «ein Zeichen für eine gesunde Basis». Ebenso sei Christine Kaufmann gut für Riehen. «Sie bringt Unabhängigkeit und wirkt als Ausgleich zwischen den politischen Polen.» Denn die EVP setze sich in allen Bereichen und für alle Menschen ein. «Wir sind keine Einthemenpartei.»

Kaufmann politisiert seit 20 Jahren – zuletzt im Riehener Einwohnerrat, zuvor bereits im Grossen Rat. Ihr Wahlprogramm wirkte gestern indes wie ein Einheitsbrei von SP, Grüne bis Bürgerliche – und nicht neu.

Mehr Eigenständigkeit vom Kanton

Kaufmann möchte für Riehen mehr Eigenständigkeit vom Kanton und sieht weiteren Handlungsbedarf: «Riehen ist eine privilegierte Gemeinde. Daraus ergeben sich Verpflichtungen.» Die 45-Jährige möchte im Energiebereich Riehens Pionierrolle weiter stärken. Wichtiger noch sei es, Solidarität zu leben und sozialen Ausgleich zu schaffen. «Nicht jeder Riehener ist reich», sagte Kaufmann, es müsse also zahlbarer Wohnraum geschaffen werden, am besten mit Genossenschaften. Gleichzeitig macht sich Kaufmann auch stark für das Gewerbe.

Die Situation müsse mit dem Zonenplan verbessert und Arbeitszonen geschaffen werden. «Der Witz ist: In Riehen müssen wir das Gewerbe vor den Wohnungen schützen.» Üblicherweise sei das umgekehrt. Der Charakter des grünen Dorfes müsse auch mit jeder notwendigen Entwicklung und Erneuerung erhalten bleiben, findet Kaufmann. Also handeln, aber mit Bedacht – passend zum Slogan für die Einwohnerratswahl «Loose, dängge, handle».